



Einlagensicherung Gemeinden

NR Kollross und GVV Präsident Trummer fordern gesetzliche Einlagensicherung für Gemeinden

Durch den Finanzskandal rund um die Commerzialbank Burgenland stehen die betroffenen Gemeinden vor dem finanziellen Abgrund - eine gesetzliche Einlagensicherung und eine Ausfallhaftung seitens des Bundes sind jetzt dringend notwendig!

Eisenstadt, 04.09.2020 - Mitte Juli 2020 hat die Finanzmarktaufsicht der Commerzialbank Mattersburg im Burgenland die Fortführung des Geschäftsbetriebes zur Gänze untersagt. Seitdem stehen nicht nur viele BürgerInnen und Unternehmen vor dem Ruin, auch etliche Gemeinden sind vom Konkurs der Bank betroffen und stehen vor dem finanziellen Abgrund, da die Einlagensicherung von bis zu € 100.000 für natürliche und juristische Personen greift, für Kommunen aber nicht. Hier muss rasch gehandelt werden, sind sich SPÖ Kommunalsprecher Kollross und GVV Präsident Trummer einig.

Andreas Kollross, SPÖ-Kommunalsprecher im Parlament und Bürgermeister von Trumau, startet daher eine Petition zur Schaffung einer gesetzlichen Einlagensicherung für Gemeinden. „Die Einlagensicherung von bis zu € 100.000 greift für für Kommunen nicht. Einige Gemeinden sind heuer doppelt getroffen. Zuerst durch den Ausfall der Kommunalsteuern und der Ertragsanteile in Folge der Coronakrise und nun durch den Bilanzskandal.“, so Kollross.

„Insgesamt sind vom Konkurs der Bank 60.000 Kundinnen und Kunden betroffen, darunter neben PrivatkundInnen und Unternehmen auch etliche Gemeinden im Bezirk Mattersburg, eine im Bezirk Eisenstadt-Umgebung sowie die Gemeinde Schwarzenbach im Bezirk Wiener Neustadt. Während PrivatkundInnen durch die Einlagensicherung bis zu einem Betrag von 100.000 Euro abgesichert sind, gehen alle betroffenen Gemeinden leer aus. „Hier wollen wir für die Zukunft einen Mechanismus, der bei betroffenen Gemeinden schnell greift!“, zeigt sich der GVV Burgenland Präsident Erich Trummer besorgt. Ein dementsprechender Antrag wurde bereits in der Gemeindebund Österreich Präsidiumssitzung Ende August eingebracht. Gemeindebundpräsident Alfred Riedl hat – nach Zustimmung aller Landesverbände – auch versprochen, an die Bundesregierung heranzutreten, um dies rasch umzusetzen. Trummer: „Wir haben in dem Antrag eine Einlagensicherung für die Kommunen gefordert und darüber hinaus eine Ausfallhaftung für die betroffenen Gemeinden durch den Bund, da es sich offensichtlich um ein multiples Aufsichtsversagen staatlicher Prüfinstanzen handelt!“

„Gemeinden können nicht einfach zusperrern. Sie müssen sich auch in einer Krise um die Erhaltung der Schule, die Wasserversorgung oder das Feuerwehrewesen kümmern. Findet jetzt keine finanzielle Soforthilfe von Seiten des Bundes statt, ist die essenzielle Daseinsversorgung in den Gemeinden in Gefahr. Darunter leiden wird die örtliche Bevölkerung.“, so Kollross. Für Trummer und Kollross liegt es nun an ÖVP und Grünen endlich echte Unterstützungsprogramme zu starten „anstatt eine Ankündigungspressekonferenzen nach der anderen abzuhalten und halbherzige Programme ins Leben zu rufen. Eine gesetzliche

Einlagensicherung und die Ausfallhaftung für die betroffenen Gemeinden wären erste Schritte, um zumindest die Versorgung gewährleisten zu können.“, so Trummer und Kollross unisono.

Mag. Herbert Marhold

Landesgeschäftsführer

Telefon: +43 2682 775 254

E-Mail: office@gvvgld.at

Dateianhang: IMG_2576.jpg